

\*\_Islam\_\*

**1. Rund 2 Milliarden Menschen weltweit und etwa 5 Millionen Menschen in Deutschland sind Muslime. Was verbinden Sie mit der Weltreligion Islam?**

Der Islam ist nach dem Christentum zur größten Religion in Deutschland angewachsen. Viele Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bekennen sich zum Islam. Wir wollen islamische Gemeinschaften, die ihren Glauben als Teil der offenen Gesellschaft leben. Wir wollen, dass Musliminnen und Muslime gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben unserer Demokratie teilhaben.

**2. Gibt es für Sie relevante Beiträge von Deutschlands Muslimen zum Wohle der Gesellschaft?**

Die allermeisten Musliminnen und Muslime nehmen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teil und bringen sich aktiv ein: im karitativen und seelsorgerischen Bereich, in den Medien, in gesellschaftlichen Diskussionen, in den Schulen und an vielen anderen Orten. Dies begrüßen wir. Wir wünschen uns von allen gesellschaftlichen Gruppen Engagement gegen menschenfeindliche Ideologien, egal ob sie Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Homosexuellen- und Transfeindlichkeit, Rechtsextremismus oder Islamismus heißen.

**3. Die Themen Islam und Muslime werden nachgewiesenermaßen mehrheitlich negativ behandelt und wahrgenommen. Wie kann angesichts einer vorurteilsbehafteten öffentlichen Mehrheitsmeinung und einschlägiger Medienberichterstattung die Politik einen rationalen Kontrapunkt setzen? Wie sähe der Beitrag Ihrer Partei aus?**

Wir kämpfen für Vielfalt, Offenheit und ein friedliches Zusammenleben. Es braucht mehr demokratiefördernde und menschenrechtsorientierte Bildungsarbeit. Der Staat muss zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Ressentiments und Vorurteile fördern, ebenso Aufklärung und Diskussion, sowie eine effektive Antidiskriminierungspolitik betreiben. Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung für alle Menschen sind die Grundlage einer gerechten Gesellschaft. Jede und jeder soll sich nach eigenen Wünschen und Fähigkeiten entfalten und an der Gesellschaft teilhaben können. Diesen Anspruch verteidigen wir.

**4. Warum ist der „Dialog“ der Religionen (u.a. anderer gesellschaftlicher Gruppen) wichtig?**

Wir setzen uns grundsätzlich für den interreligiösen Dialog ein. Wir wenden uns gegen jeden Versuch, Religionsgemeinschaften zu diskriminieren oder sie aus dem religiösen Pluralismus unserer Kultur hinauszudefinieren. Wir wollen den Dialog zwischen den Religionen und auch denen, die religionsfrei sind, fördern und damit das gegenseitige Verständnis füreinander voranbringen. Dabei gilt jedoch: Interreligiöser Dialog ist vor allem Aufgabe der Religionsgemeinschaften, denn zu viel staatlicher Einfluss widerspricht der im Grundgesetz angelegten Trennung von Staat und Religion.

**5. Ein erheblicher Teil der Politik schaut bisher nur dann in der muslimischen Community vorbei, wenn es um Kandidatenkür und anstehende Wahlen geht. Wie zufrieden sind Sie mit der politischen Einbindung von Muslimen und der Kommunikationen mit diesen?**

Musliminnen und Muslime äußern und beteiligen sich immer selbstverständlicher an politischen und gesellschaftlichen Prozessen. Die muslimischen Communities in Deutschland sind vielfältig und weisen eine große Bandbreite religiöser Perspektiven und Positionen auf. Muslimische Stimmen, die mit ihren Positionen einen Beitrag zum demokratischen Diskurs unserer offenen Gesellschaft leisten, bereichern diesen. Diese Entwicklung begrüßen wir ausdrücklich.

## **6. Was fasziniert Sie am Islam, an den Muslimen?**

Der Islam steht für Vielfalt, Offenheit und ein harmonisches Zusammenleben. Er ist genauso wie andere Religionen eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Fanatismus und Gewalt im Namen einer Religion lehnen wir ab.

\*\_Innenpolitik\_\*

## **7. Welche Bedeutung hat für Sie die im deutschen Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit in Bezug auf den Islam und die Muslime in Deutschland?**

Wir verteidigen die Religionsfreiheit der Musliminnen und Muslime. Alle Menschen müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben oder abzulegen, keinen Glauben zu haben oder gemeinsam einen Glauben zu pflegen. Die Diskriminierung von Andersgläubigen dulden wir dabei genauso wenig wie die von vermeintlich liberaleren Anhängern der eigenen Religion.

## **8.\*\*Warum sind sowohl der Islam, als auch die Muslime ein Teil Deutschlands?**

Für uns gehört auch der Islam zu Deutschland, wie alle anderen Religionen und Weltanschauungen. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die in ihrer Vielfalt zusammenhält und die Menschen vor Diskriminierung schützt, in der alle Menschen die gleichen Rechte und Pflichten haben und in der alle am sozialen und demokratischen Leben gleichberechtigt teilhaben können. Dazu gehören selbstverständlich auch die Musliminnen und Muslime.

## **9. Was können Muslime konstruktiv zu den großen Fragen Deutschlands beitragen?**

Wir haben es gemeinsam in der Hand, jetzt eine bessere Zukunft zu gestalten. Wir können so wirtschaften, dass Boden, Luft und Wasser sauber bleiben, dass wir die Grundlagen unseres Lebens auch für die kommenden Generationen erhalten. Eine Gesellschaft ist möglich, in der alle Menschen am Wohlstand beteiligt sind, in der jede und jeder eine Chance bekommt und selbstbestimmt die eigenen Ziele verfolgt. Alle, die diese Ziele teilen, sind – ungeachtet ihrer Herkunft oder Religionszugehörigkeit – eingeladen und aufgefordert, daran mitzuarbeiten.

## **10. Welche konkreten Pläne und Konzepte haben Sie, um die großen muslimischen Religionsgemeinschaften – mit ihren tausenden Moscheen, hunderttausenden Mitgliedern sowie noch mehr Moscheebesuchern – in Hinblick auf eine Anerkennung als Religionsgemeinschaft und Körperschaft des Öffentlichen Rechts zu unterstützen? Braucht es hier nicht eine Loslösung von der anhaltenden Debatte um die jetzige türkische Regierung sowie die deutsch-türkischen Beziehungen?**

Wir wollen islamische Gemeinschaften, die ihren Glauben als Teil der offenen Gesellschaft leben. Sie sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen. Inakzeptabel ist es jedoch, dass Verbände aus dem Ausland gesteuert und zu politischen Zwecken genutzt werden. Deshalb ist es besonders wichtig, zwischen den Verbänden, muslimischen Gemeinschaften und dem Staat einen regelmäßigen Austausch vorzusehen mit dem Ziel, dass die Verbände unabhängige, inländische Strukturen entwickeln, die sich langfristig selbst tragen können.

## **11. Wie im Judentum gibt es im Islam die Beschneidung von Jungen sowie das**

**betäubungslose Schlachten. Beide religiösen Traditionen/Gebote stehen seit Jahren im Fokus von teils unangenehmen Debatten, bei denen auch antisemitische und antimuslimische Ressentiments durchscheinen. Wie positionieren Sie sich in beiden Fragen?**

Bei der Beschneidung von Jungen geht es um eine sensible Abwägung von Grundrechten. Solche Gewissensentscheidungen werden bei uns nicht durch Mehrheitsbeschluss geregelt, sondern von den Abgeordneten individuell und frei getroffen. Wir sehen uns gleichermaßen als Anwältin der Kinderrechte wie auch als Anwältin der Religionsfreiheit in der vielfältigen Gesellschaft. Das Schächtgebot ist Teil der Religionsausübungsfreiheit. Allerdings dürfen den Tieren keine unnötigen Schmerzen zugefügt werden.

**12. Inwiefern setzen Sie sich für das Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer, die seit mehreren Jahren in Deutschland leben, bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen ein?**

Wir wollen die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten für alle Menschen mit ständigem Wohnsitz in Deutschland weiterentwickeln. In diesem Sinne ist die Einführung eines kommunalen Wahlrechts auch für Drittstaatsangehörige eines der im grünen Wahlprogramm hervorgehobenen Schlüsselprojekte.

**13. Wie stehen Sie zur doppelten Staatsbürgerschaft?**

Wer in Deutschland geboren wird, ist für uns deutsch, wenn ein Elternteil einen legalen Aufenthaltstitel besitzt. Wir wollen die willkürliche Regelung, sich zwischen zwei Pässen entscheiden zu müssen, gänzlich abschaffen und das Verbot der Mehrstaatigkeit aus dem Staatsangehörigkeitsgesetz streichen.

**\* \_Flüchtlinge/Zuwanderung\_ \***

**14. Für die Muslime, wie für gläubige Christen, ist die Hilfe von Menschen in Not eine Pflicht. Seit Beginn der „Flüchtlingskrise“ haben sich viele Christen sowie eine überproportional große Zahl von Muslimen in der Nothilfe sowie der langfristigen Betreuung engagiert. Damit haben sie auch das positive Bild Deutschlands im Ausland mit geprägt. Welcher Umgang mit dem Thema Flüchtlinge ist von Ihrer Partei für die nächsten vier Jahre zu erwarten?**

Wir stehen für eine menschenrechtskonforme und rechtsstaatliche Flüchtlingspolitik. Daher treten wir für die uneingeschränkte Bewahrung des individuellen Grund- und Menschenrechts auf Asyl ein. Mit uns wird es keine Obergrenze geben. Verschärfungen des Asylrechts seit 2015 wollen wir korrigieren, Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab. Das sind wir unserer Geschichte und unseren Werten schuldig. Wir werden unter Mitwirkung des UNHCR Kontingente zur aktiven Aufnahme von Flüchtlingen einrichten - als einen dauerhaft angelegten Ansatz deutscher Flüchtlingspolitik.

**15. Welche Unterstützung wollen sie unternehmen, damit die Arbeit mit Geflüchteten auch unter der Maßgabe Fördern und Fordern durch muslimischen Institutionen und zivile Einrichtungen weiter fortgeführt wird?**

Bürgerschaftliches Engagement von Initiativen, Vereinen, Verbänden und Religionsgemeinschaften kommt bei der Unterstützung und der Integration von Geflüchteten eine große Bedeutung zu. Wir wollen die Rahmenbedingungen für diesen Einsatz deutlich verbessern. Engagement braucht Unterstützung, zum Beispiel durch Qualifizierung und Weiterbildungsmöglichkeiten. Wir wollen mit gezielter Information und Ansprache dafür sorgen, dass Angebote zum freiwilligen Engagement allen gesellschaftlichen Gruppen offenstehen.

**16. Die Flüchtlingskrise ist eine Folge von vermehrten Fluchtursachen. Was wollen Sie daher**

**unternehmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, der „Kriegspolitik“, der Unterstützung und Betreuung von Flüchtlingsstätten (Türkei, Jordanien, Libanon u.a.) und der Außenwirtschaftspolitik, z.B. durch Programme in den maghrebischen Staaten, zur Verhinderung weiterer Flüchtlingskrisen?**

Wir setzen auf strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel, Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz. Denn wir wollen nicht länger hinnehmen, dass unser Konsumieren und Produzieren andernorts Lebensgrundlagen zerstört. Wir wollen 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung ausgeben, indem wir die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Klimaschutz bis 2021 jährlich um zwei Milliarden Euro erhöhen. Rüstungsexporte in Krisengebiete und an Staaten mit problematischer Menschenrechtslage werden wir stoppen.

**17. Welche Kernpositionen nehmen Sie in der Zuwanderungsdebatte ein?**

Neben einer menschenorientierten Flüchtlingspolitik setzen wir uns für ein Einwanderungsgesetz ein, das hilft, Fachkräftelücken zu schließen und die demografische Überalterung unserer Gesellschaft abzumildern. Ein Einwanderungsgesetz wird aber nur dann die erhoffte Wirkung zeigen, wenn es durch integrationsrechtliche Regeln ergänzt wird. Wir wollen daher zum Beispiel den Mit- und Nachzug von Familienangehörigen unbürokratisch ermöglichen. Und wir setzen uns für eine qualitativ hochwertige Sprachförderung ein, damit Neuankommende sich schnell auf dem Arbeitsmarkt integrieren können.

**\*\_Diskriminierung und Rassismus\_\***

**18. Welche Positionen und Forderungen hat Ihre Partei bezüglich der wachsenden Diskriminierung von Muslimen in Teilen der Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Medien und sozialen Netzwerken formuliert?**

Menschenfeindliche Ideologien und Diskriminierung verhindern Integration und gefährden den gesellschaftlichen Frieden. Solchen Angriffen stellen wir uns entschlossen entgegen. Den Diskriminierungsschutz im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz wollen wir ausbauen. Wir fördern, dass sich in Sportvereinen, Theatern oder Behörden Vielfalt abbildet. Ob auf der Straße oder im Netz: Niemand darf sich sicher dabei fühlen, wenn er andere menschenverachtend beleidigt, zur Gewalt aufruft und Menschen bedroht. Wir fordern eine gute Ausstattung von Polizei und Justiz für das Vorgehen gegen Hasskriminalität.

**19. Wie kann es der Politik beim Themenkomplex Islam und Muslime gelingen der vorurteilsbehafteten öffentlichen Mehrheitsmeinung und einschlägiger reißerischer Medienberichterstattung einen rationalen Kontrapunkt entgegen zu setzen?**

Freie und unabhängige Medien und der allgemeine Zugang zu vielfältigen Informationen sind ein „Grundnahrungsmittel“ der Demokratie. Wir wollen eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft verteidigen, auch gegen die Angriffe von Hetzern und Populisten, die ihrerseits mit Falschmeldungen und Meinungsrobotern objektive Informationen durch Propaganda ersetzen.

**20. Angesichts der immer noch nicht umfassenden Aufarbeitung der NSU-Terrorserie und fehlender Lehren aus Fällen wie dem islamfeindlichen Mord an Marwa El-Sherbini im Dresdener Gericht: Was unternimmt Ihre Partei konkret gegen eine aggressive und rassistische Islamfeindschaft und regelmäßige Angriffe auf Muslime in Deutschland?**

Wir zeigen klare Kante gegen Rassismus, rechte Gewalt und menschenfeindliche Propaganda. Rassistische Hetze und Hasskriminalität sind ein großes Problem für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die innere Sicherheit. Deutschland muss für alle Menschen, die hier leben, ein sicheres Land bleiben. Wir wollen eine wirksame Sicherheitspolitik, die real vor Kriminalität und Terror

schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist – und keine symbolischen oder populistischen Maßnahmen. Die künftige Bundesregierung muss die Empfehlungen beider NSU-Untersuchungsausschüsse konsequent umzusetzen.

**21. In Anbetracht von rund 100 Angriffen auf Moscheen im Jahr und unzähligen sowie vermehrt auftretenden (Mord-) Drohungen gegen muslimische Vereine und muslimische Persönlichkeiten: Wie und vor allem wann werden Moscheen und andere muslimische Einrichtungen sowie deren Vertreter besser geschützt?**

Gute Polizeiarbeit ist für uns eine wichtige Antwort auf Fragen der inneren Sicherheit. Die Morde des NSU haben gezeigt: Der Verfassungsschutz hat gegenüber dem Rechtsterrorismus versagt. Beim Bundesamt für Verfassungsschutz wollen wir eine Zäsur und einen institutionellen Neustart. Die Gefahrenerkennung muss verbessert werden. Die Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten müssen angemessen behandelt und Straftaten effektiv verfolgt werden. Zur Sensibilisierung innerhalb der Polizei wollen wir eine weitere systematische Öffnung, die unserer Einwanderungsgesellschaft Rechnung trägt.

**22. De facto diskriminierende Kopftuchverbote für Lehrerinnen oder Richterinnen wirken sich längst auch in der Privatwirtschaft aus. Wie lautet die Position Ihrer Partei hinsichtlich der Abschaffung von Kopftuchverboten?**

Alle Menschen müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben oder abzulegen, keinen Glauben zu haben oder gemeinsam einen Glauben zu pflegen. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verbietet Diskriminierung wegen der Religion oder Weltanschauung. Die Ablehnung einer Bewerberin aufgrund ihres Kopftuches – außer der vom Europäischen Gerichtshof eng definierten Situationen, wie die Durchsetzung religiöser und weltanschaulicher Neutralität im Betrieb – stellt daher einen Verstoß gegen das AGG dar.

**23. Welche Anstrengungen unternehmen Sie, damit Extremismus jeglicher couleur unterbunden wird und wie wollen sie die schon vorhandene Präventionsarbeit der muslimischen Gemeinden (Immunisierung durch Aufklärung in der Religion) in Zukunft noch weiter und vermehrt stärken?**

Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende und gewaltverherrlichende Ideologien abgleiten, seien sie rechtsextremistisch oder islamistisch. Wir wollen Bund, Länder, Kommunen und Zivilgesellschaft in einem bundesweiten Präventionszentrum vernetzen und koordinieren. Wir fordern eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen, die Förderung von Demokratie- und Medienkompetenz junger Menschen sowie eine Stärkung der Jugendarbeit. Auch Justizvollzugsanstalten nehmen wir in den Blick, denn auch sie waren in der Vergangenheit Orte der Radikalisierung.

**\*\_Internationales\_\***

**24. Die Bundesrepublik ist weltweit einer der führenden Exporteure von Waffen/militärischer Ausrüstung und unterstützt damit faktisch auch kriegführende Staaten. Wie stehen Sie allgemein zum Thema und speziell zu Lieferungen an Konfliktparteien?**

Rüstungsverkäufe in Konfliktgebiete und Länder, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, müssen endlich ausnahmslos gesetzlich verboten werden. Der Export in Staaten außerhalb der EU, der NATO und an NATO-gleichgestellte Länder darf nur in ganz wenigen und zu begründeten Fällen erfolgen. Die hemmungslosen Rüstungsexporte der Bundesregierung trotz geltender politischer Grundsätze zeigen, dass es dringend verbindliche Regeln braucht. Wir setzen uns deshalb für eine restriktive Rüstungsexportpolitik ein, die verbindlich in einem Rüstungsexportkontrollgesetz verankert werden soll.

**25. Die deutsch-türkische Beziehungen sind derzeit wegen des Agierens verschiedener Seiten an einem Tiefpunkt angelangt. Wie möchten Sie die Beziehungen zur Türkei verbessern und die Ausgrenzung türkischstämmiger, deutscher Bürger verhindern?**

Wir stehen an der Seite derjenigen in der Türkei, die für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Weltoffenheit eintreten. Es braucht eine grundlegende Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen. Rüstungsexporte in die Türkei müssen gestoppt und der Visumszwang abgeschafft werden. Politisch Verfolgte sollen in der EU Zuflucht finden. Beitrittsgespräche können erst weitergeführt werden, wenn die Türkei zurückkehrt zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir wenden uns gegen jeden Versuch, die Spaltung in der türkischen Gesellschaft in die deutsche Gesellschaft zu tragen.

**26. Der Afghanistaneinsatz dauert schon länger als der Erste und Zweite Weltkrieg zusammen. Er hat über 100.000 afghanische Zivilisten und Dutzenden deutsche Soldaten das Leben gekostet. Die Sicherheitslage am Hindukusch ist aktuell katastrophal. Wieso wird laut deutschen Behörden trotzdem die Bedrohungslage für afghanische Zivilisten als niedrig bezeichnet und wann wird der deutsche Einsatz beendet sein?**

Afghanistan ist nicht sicher. Wir lehnen Abschiebungen dorthin ab. Statt einer realistischen Bewertung malt die Bundesregierung die Situation schön und spricht von sicheren Zonen. Das hat mit der Realität nichts zu tun. Die deutsche Beteiligung am Afghanistaneinsatz muss hinsichtlich Ziele, Wirksamkeit und Mittel überprüft werden. Wir haben deshalb die Beendigung des ISAF-Einsatzes begrüßt und davor gewarnt, den Unterstützungseinsatz Resolute-Support unbegrenzt fortzusetzen. Die Bundesregierung muss daher politisch und zivil alles dafür tun, dass es zu einem baldigen verantwortbaren Abzug kommt.

**27. Wie wollen Sie zur Befriedung Syriens und Jemens beitragen und wie wollen sie den Wiederaufbau politisch und ökonomisch in Syrien bewerkstelligen?**

Die Arbeit der Sondergesandten der Vereinten Nationen für den Jemen und für Syrien muss weiter unterstützt werden. Die Regionalmächte und die internationalen Mächte, die an den Konflikten beteiligt sind, müssen dazu gedrängt werden, sich für Waffenstillstände und inklusive Transitionsprozesse einzusetzen. Auch die unabhängige Dokumentation und Verfolgung von Kriegsverbrechen ist ein entscheidender Bestandteil. Nur auf dieser Grundlage ist ein nachhaltiger ökonomischer und politischer Wiederaufbauprozess denkbar, an dem sich Deutschland und die EU führend beteiligen müssen.

**28. Welche Position haben Sie bei der Auseinandersetzung um ein Staatsgebiet für Kurden?**

Wir unterstützen den Wunsch von Kurdinnen und Kurden, ihre Kultur in der Türkei, im Irak, in Iran und in Syrien, frei und selbstbestimmt leben zu können. Angesichts der schwierigen geopolitischen Lage in der Region könnte eine staatliche Unabhängigkeit zum jetzigen Zeitpunkt neue Krisen und Konflikte hervorrufen.

**29. Welche Lösungsvorschläge haben Sie bezüglich des Palästina-Israel-Konflikts und wie wollen sie den festgefahrenen Friedensprozess wieder in Gang setzen?**

Wir unterstützen das Existenzrecht Israels in den Grenzen von 1967 bedingungslos und sind für eine Zwei-Staaten-Regelung zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Die EU und die Bundesregierung müssen gegenüber der israelischen Regierung mit positiven und negativen Anreizen deutlich machen, dass sie die völkerrechtswidrige Siedlungspolitik sowie die fortschreitende, faktische Annexion der Westbank und anhaltenden Kontrolle Ost-Jerusalems weder direkt noch indirekt unterstützen werden.

**30. Donald Trump versucht seit seiner Amtseinführung, die Einreise von Muslimen in die USA einzuschränken. Was würden Sie dem US-Präsidenten sagen?**

Die USA sind immer ein Einwanderungsland gewesen mit einer Bevölkerung von Menschen, die aus Staaten der ganzen Welt eingewandert sind. Diese Vielfalt ist eine wesentliche Voraussetzung für die politische und wirtschaftliche Rolle der USA, für die Attraktivität der USA. Einreisebeschränkungen dürfen nicht gegen das Verbot religiöser Diskriminierung verstoßen, das in der Verfassung der Vereinigten Staaten fest verankert ist. Auch der amerikanische Präsident steht nicht über dem Gesetz. Das Oberste Gericht entscheidet im Herbst über den Fall.